

## Pax Christi

### Erfolgreich aber nicht zufrieden

Wie sich pax christi in Baden-Württemberg mit der Rolle der Bundeswehr an Schulen und dem Thema Friedensbildung auseinander setzt

Die Rolle der Bundeswehr wird in der Friedensbewegung immer wieder kontrovers diskutiert. So auch bei pax christi. Stimmt beispielsweise die Wahrnehmung, dass die Bundeswehr spätestens seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 immer offensiver in den öffentlichen Raum drängt? Eine breit angelegte Werbekampagne unter dem Titel „Machen, was wirklich zählt“ verstärkte kürzlich diesen Eindruck, ebenso wie zuvor bereits verschiedene Werbeanzeigen in Jugendmagazinen oder auf den Reiseplänen der Deutschen Bahn.

Kritisch hinterfragen die Friedensaktivist/innen aber auch die Präsenz von so genannten Karriereberater/innen der Bundeswehr auf Bildungs- und Karrieremessen oder (außerhalb des Unterrichts) an Schulen. Die Bundeswehr als „normaler“ Arbeitgeber wie jeder andere?

Nicht zuletzt stören sich viele Friedensaktivist/innen am Umgang der Bundeswehr mit Minderjährigen, wenn diese ganze Schulklassen zu so genannten „Tagen der Schulen“ in die Kasernen einladen oder sogar schon mit Kindertageseinrichtungen kooperieren. Eine solche Praxis kritisieren auch Kinderschutzorganisationen wie das Kinderhilfswerk terre des hommes.

Daran schließt sich unter anderem auch die Frage an, wie Deutschland glaubwürdig Kritik an Kindersoldaten in anderen Teilen der Erde äußern will, wenn im eigenen Land schon 17-Jährige zum Militär gehen können?

Ein besonderer Fokus in der Debatte um die Bundeswehr liegt bei pax christi aber auf der Präsenz von Jugendoffizier/innen in Schulen und Lehrerseminaren. Diese verstehen sich als „wichtige Träger der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, vor allem im schulischen Bereich“. Und so bieten die Jugendoffizier/innen von der breiten Öffentlichkeit oft kaum wahrgenommen und hinterfragt Unterrichtsbesuche zu den Themenbereichen „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ oder „Krisen- und Konfliktmanagement“ an.

Gefördert wird eine solche Praxis der „politischen Bildung“ freilich durch die so genannten Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr. Diese regeln den Zugang von Jugendoffizier/innen zu Schulen und darüber hinaus in die Lehreraus- und Fortbildung und wurden bisher von acht Bundesländern mit der Bundeswehr eingegangen.



Die Bundeswehr also als exklusive Ansprechpartnerin/Expertin zum Themenbereich „Krieg und Frieden“ in Schulen und Lehrerseminaren? Diese Rolle der Bundeswehr sieht die Friedensbewegung naturgemäß kritisch. Deshalb lehnt sie derartige Kooperationsvereinbarungen und den damit verbundenen privilegierten Zugang von Jugendoffizier/innen an Schulen und Lehrerseminaren ab. Vor diesem Hintergrund haben sich beispielsweise in Baden-Württemberg im Jahr 2010 Vertreter/innen aus antimilitaristischen, pazifistischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen in der gemeinsamen Kampagne *Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden* zusammen getan, um gegen eine derartige Privilegierung der Bundeswehr zu protestieren, aber auch um Öffentlichkeit und Politik auf Anzeichen jeglicher Militarisation in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Von Anfang an dabei sind die beiden pax christi-Diözesanverbände im Land Baden-Württemberg, Freiburg und Rottenburg-Stuttgart. Unabhängig von der Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierung (schwarz/gelb, grün/rot) erinnert pax christi als Teil dieser Kampagne die Landespolitik immer wieder daran, dass die Landesverfassung Baden-Württembergs regelt, dass die Jugend u.a. zur „Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“ (Art. 12) zu erziehen ist; ähnlich wie dies auch in anderen Bundesländern der Fall ist.

Gleichzeitig machen die Friedensaktivist/innen immer wieder darauf aufmerksam, dass Friedensbildung in Schulen kein regelmäßiger und fester Bestandteil im Unterricht ist und dass hier Strukturen fehlen, die eine umfassende Friedensbildung fördern könnten. So mangelt es nicht nur an aktuellen Unterrichtsmaterialien, die gewaltfreie und zivile Methoden der Konfliktbearbeitung aufzeigen. Es fehlen auch Ansprechpartner/innen und Strukturen für Lehrkräfte, die hierzu Expert/innen für den Unterricht einladen möchten. Zudem machen die Friedensaktivist/innen darauf aufmerksam, dass Friedensbildung kein fester Bestandteil der Lehrer/innenausbildung ist.

Wie also könnte eine umfassende und ausgewogene Friedensbildung in der Schule gelingen angesichts privilegierter Unterrichtsbesuche der Bundeswehr? Wie sollen die Schüler/innen andere Friedensstrategien kennen lernen, als sie die Bundeswehr bietet? Der Kampagne *Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden* in Baden Württemberg gelang es nach jahrelanger Lobbyarbeit (und nicht zuletzt auch begünstigt durch einen neuen – dem Anliegen aufgeschlossenen – Kultusminister), dass im Oktober 2014

eine Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen zwischen dem Kultusministerium und 17 Friedensorganisationen und -Initiativen unterzeichnet wurde. Darin wird unter anderem festgelegt, dass die Themen der Friedensbildung in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern in einem fortlaufenden Prozess verstärkt verankert werden sollen und dass die Infrastruktur für Friedensbildung in Baden-Württemberg weiterentwickelt und ausgebaut werden soll.

Ein wesentliches Ergebnis dieser Erklärung war es, dass im April 2015 zwischen dem Kultusministerium, der Landeszentrale für politische Bildung sowie dem Institut für Friedenspädagogik/Berghof Foundation ein Vertrag zur Einrichtung einer Servicestelle Friedensbildung geschlossen wurde. Dafür hat das Land für die Jahre 2015/2016 100.000,- Euro jährlich zu Verfügung stellt.

Aufgabe der Servicestelle Friedensbildung in Bad Urach, die seit dem 1. August 2015 von der Friedens- und Konfliktforscherin Claudia Möller geleitet wird, ist es, die Schulen in Baden-Württemberg beim Thema Friedensbildung zu unterstützen, also Unterrichtsmaterialien und Fortbildungen zum Thema Friedensbildung anzubieten.

Gleichzeitig hat sich aus den unterzeichnenden Organisationen der Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung auch ein Netzwerk Friedensbildung gegründet, dem auch viele Organisationen aus der Kampagne Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden angehören.

Das Netzwerk hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, die Servicestelle Friedensbildung hinsichtlich eines möglichen Regierungswechsels im Zuge der Landtagswahl vom März über das Jahresende 2016 hinaus zu sichern. Auch hat sich das Netzwerk beim bisherigen Kultusminister dafür eingesetzt, dass das Thema Friedensbildung tatsächlich auch im Sinne der Gemeinsamen Erklärung und der beteiligten Organisationen in die künftigen Lehrpläne Eingang findet.

So zeitigt die jahrelange und kontinuierliche, mitunter auch mühselige Friedensarbeit von pax christi und deren Verbündeten in Baden-Württemberg nun erste zarte Früchte. Dennoch sind sich die Verantwortlichen von pax christi in den Diözesen Freiburg und Rottenburg-Stuttgart dessen bewusst, dass sie sich ein Zurücklehnen in dieser Angelegenheit nicht erlauben können; dies gerade in Anbetracht dessen, dass man es nicht nur in Gestalt der Bundeswehr mit einem schier übermächtigen Gegenüber zu tun hat, sondern

auch dass man einen eher schwerfällig agierenden politischen und verwaltungstechnischen Apparat erst mal dazu bewegen muss, neue Wege in Sachen Friedensbildung zu denken und zu gehen.

So gilt für pax christi wie für alle anderen in der Kampagne und im Netzwerk vertretenen Organisationen bei allem Stolz auf die bisher geleistete Arbeit eines: zufrieden mit dem Erreichten sind sie noch lange nicht.

*Mehr dazu:*

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr.

Lernen für den Frieden“:

<http://schulfrei.bplaced.net/wordpress/>

Servicestelle Friedensbildung:

<http://www.friedensbildung-bw.de/>



*Kampagnemotiv der antimilitaristischen, pazifistischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen.*